

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Markt Dresden Nr. 31.307  
Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig-Redaktion: Markt Dresden, Große Dörfel Nr. 608  
Dresdener-Redaktion: Nr. 312 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Girsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Meyer & Co., Dresden-Dörfel. — Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Abdruck ist möglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Markt, Radio-Bericht, nur ein Viertel. Anzeigen werden bis 5 Spalten Preis-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Resten bis 4 Spalten Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Nachschriften und schwebigen Seiten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbetriebe sind sofort bei Erscheinen der Anzeige tätig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anwendung gebracht. Redaktion/Druck erteilt: d. verpfl. Zahlung, Frage od. Antwort d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4  
91. Jahrgang

Nr. 177

Freitag, den 1. August

1930

## Arbeit in Sicht!

Bekanntlich wird die Reichsbahn auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung für 350 Millionen Reichsmark Aufträge an die Industrie erteilt, wodurch für 180.000 Mann Arbeitsbeschäftigung geschaffen wird. Die Reichsbahn stellt einen Betrag in ähnlicher Höhe für gleiche Zwecke aus. Darüber hinaus sind nunmehr die Länder und Gemeinden vom Reichsarbeitsministerium aufgefördert worden, bis Anfang August Bericht über ihre Baupläne und über die Höhe der benötigten Gelder zu erstatten. Auch hier sind weitgehende Möglichkeiten zur Beschaffung von Arbeit vorhanden. Das Reichsarbeitsministerium wartet den Eingang der erforderlichen Berichte ab, um dann die entsprechenden Ziffern über das Ausmaß des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu veröffentlichen.

## Reichsrichtzahl gestiegen

Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juli auf 149,3 gegenüber 147,8 im Vormonat. Sie ist somit um 1,2 v. H. gestiegen. Diese Steigerung ist auf eine zum großen Teil jahreszeitlich bedingte Erhöhung der Ernährungsausgaben zurückzuführen. Bei den Koststoffen ist eine Erhöhung der Ausgaben infolge der Einpreisung von Kartoffeln neuer Ernte eingetreten; außerdem haben auch die Preise für Milch, Butter und Eier zugenommen. Dagegen weisen die Preise für Schweinefleisch einen Rückgang auf. Auch die Preise für Kleidung haben weiter nachgegeben.

Die Richtzahlen für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 146,9, für Wohnung 130,0, für Heizung und Beleuchtung 150,1, für Bekleidung 165,5, für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 193,6.

## 1,39 Milliarden Mark Reichsschulden

Für den Monat Juni wurden im Reichsbudget 167,7 Mill. RM mehr veranschlagt als vereinnahmt, wodurch sich die Defizitansgabe seit Beginn des Rechnungsjahres auf 224,8 Mill. RM erhöht. Demgegenüber ist im Extraordinarium eine Mehreinnahme im bisherigen Haushaltsjahr von 446,7 Mill. RM zu verzeichnen. Im Ordinarium verbleibt mithin ein Fehlbetrag von 689,8 und im Extraordinarium ein Fehlbetrag von 325,0 Mill. RM. Der Fehlbetrag Ende Juni beträgt nur 26 Mill. RM, die schwebende Schuld stellt sich Ende Juni auf 1,387 (1,479) Milliarden RM.

## Kleinluftschiff landet auf der „Bremen“

Am Donnerstag landete das Kleinluftschiff der Goodgeartwerke auf dem hinteren Deck des Lloydampfers „Bremen“. Das Kleinluftschiff nahm den Präsidenten der Goodgeartwerke und zwei andere Passagiere an Bord, um sie auf dem Luftwege nach Hause zu bringen. Die Wiederholung eines erstmalig unternommenen Versuches ist in Aussicht genommen worden, um die beschriebene Beförderung vielleicht zur ständigen Einrichtung zu machen.

## Deutsche Volkspartei für umfassende Sammlung der Parteien der Mitte

### Entschließung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei

Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei, bestehend aus den Wahlkreisvorsitzenden und den Wahlkreisgeschäftsführern der Partei, ist am Donnerstag im Reichstagsgebäude vollständig zusammengetreten. Zu Beginn der Verhandlungen erstattete der Parteiführer Dr. Scholz einen Bericht über die politische Lage. Dann folgte eine längere, lebhafte Aussprache. Schließlich fand folgende

#### Entschließung

einstimmige Annahme:

„Staat und Volk sind in Gefahr! Die Abwehr der dem Staat drohenden Kräfte der radikalen Linken und Rechten fordert den

Zusammenschluß aller, die bereit sind, Reich und Volk unter der Führung Hindenburgs zu retten.

Nur eine wirklich umfassende Sammlung der Parteien unter Zurückstellung aller unzeitgemäßen Unterschiede entspricht der Not des Tages und dem Willen des Volkes. Der Reichsausschuss dankt dem Parteiführer Dr. Scholz, daß er in jäher Arbeit unter Ausschöpfung aller gegebenen Möglichkeiten diesen Gedanken in die Tat umzusetzen bemüht war.

Die Gründung der Deutschen Staatspartei durch die Führer der Demokratischen Partei unter bewusster Ausschaltung der anderen Parteien der staatsbürgerlichen Mitte bedeutet eine bodenverlethende Verfallung dieses Sammlungsgedankens. Eine einseitige Anlehnung der Deutschen Volkspartei nach links würde die Erfüllung dieses Zieles der Zusammenschließung aller staatsbefähigenden Kräfte für immer vereiteln. Für die Deutsche Volkspartei bleibt der Wille zu dieser umfassenden Sammlung bestehen.

Nicht nur unsere Finanzen, nicht nur die deutsche Wirtschaft sind in ihren Fun-

damenten bedroht. Die Gegensätze in unserem Volk haben sich unter dem Druck einer sich stetig verschlechternden wirtschaftlichen Lage und infolge der Unfähigkeit des letzten Reichstages, der Schwierigkeiten Herr zu werden, derart verschärft, daß die ernstesten Gefahren für den inneren Frieden Deutschlands herausziehen. Die Notverordnungen der Reichsregierung suchen den dringendsten Forderungen gerecht zu werden. Die Deutsche Volkspartei will nicht bei diesen provisorischen Lösungen stehenbleiben, sondern verlangt die nötige, von der Nation längst geforderte Reform der Konsolidierung des Reiches und

#### die Herstellung einer geordneten Finanzwirtschaft.

um der deutschen Arbeit die Ruhe und Sicherheit zu bewahren, die allein eine stetige Weiterentwicklung und die Wiederaufnahme der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß gewährleisten.

Der Reichsausschuss setzt sich mit Nachdruck dafür ein, daß beim Aufmarsch zur Wahl

für die Deutsche Volkspartei die Heraushebung verantwortungsbewusster Persönlichkeiten, auch aus der jungen Generation, maßgebend sein muß.

Der Reichsausschuss stellt fest, daß die gesamte Partei die gefährdete Lage des Staates erkennt und entschlossen ist, in dem bevorstehenden Wahlkampf in voller Einmütigkeit ihre Pflicht zu tun.“

## Treviranus kandidiert in Hamburg

Reichsminister Treviranus, der ursprünglich in einem bisherigen Wahlkreis, in Westfalen, kandidieren wollte, hat nunmehr eine Kandidatur der Konservativen Volkspartei in Hamburg angenommen.

## Klärung rechts und in der Mitte

Der Mittwoch hat bezüglich der Fronten, die die hinter der Regierung Brüning stehenden Parteien im Wahlkampf einnehmen werden, die erwünschte Klärung gebracht. Auf der Rechten haben die Parteiauslässe der Landvolkpartei und der Konservativen Volkspartei beschlossen, eine gemeinsame Reichsliste anzustellen unter dem Kennwort „Deutsches Landvolk (Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei)“. Das bedeutet noch nicht die Bildung einer geschlossenen gemäßigten Rechten, die auf dem Boden des heutigen Staates steht; es ist aber immerhin der Ausgangspunkt zu einer späteren Zusammenfassung der konservativen Kräfte. Das ist ein Fortschritt, den man nicht nur im Lager der Rechten, sondern bei allen bürgerlichen Parteien, soweit sie nicht der grundsätzlichen Rechtsopposition angehören, begrüßen muß, weil der Beschluß der Landvolkpartei und der Volkskonservativen den Einfluß bodenständiger und bodenverbundener Kräfte im Sinne des Staates, die bisher in fruchtloser Opposition abseits standen, bedeutet.

Eine ähnliche Klärung hat sich bei den Parteien der Mitte vollzogen. Als der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, seine bekannte Aufforderung zum Zusammenschluß an die Parteien von den Demokraten bis zu den Volkskonservativen hin ergab, unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Zentrums, das aus bekannten Gründen für eine allzu enge Anlehnung an andere Parteien nicht in Frage kommt, da hätte ihm zweifellos ein Ziel vorgezeichnet, das weitgehend als das, was heute erreicht worden ist. Immerhin sind die Beschlüsse, die am Mittwoch in einer Besprechung, an der die Volkskonservativen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Staatspartei und die Wirtschaftspartei Junger Volksparteiler teilgenommen haben, gefaßt worden sind, im Interesse der Bildung einer stoffkräftigen bürgerlichen Mitte im Sinne der Regierung Brüning durchaus zu begrüßen. Um so mehr zu begrüßen, als infolge der überraschenden Gründung der Deutschen Staatspartei zeitweilig die Befürchtung aufkommen konnte, daß Empfindlichkeiten in diesem oder jenem Lager zu einer Störung des Einigungswertes führen könnten. Die staatspolitische Einstellung der beteiligten Politiker hat erfreulicherweise über diese parteipolitischen Bedenken die Oberhand gewonnen. Die erwähnten Parteien haben beschlossen, einen gemeinsamen Wahlausruf herauszugeben, in dem sie sich geschlossen für das Programm Brünings, wie es in den Notverordnungen zum Ausdruck kommt, einsetzen werden. In den Besprechungen, an denen von der Volkspartei Dr. Scholz, von der Staatspartei Koch-Weser, von der Wirtschaftspartei Trevi und von den Volkskonservativen Minister Treviranus teilnahmen, wurde der Gedanke einer engeren Fusion abgelehnt. Weniger erklärlich ist es, daß sich für eine Listenverbindung und eine gemeinsame Reichsliste aller an den Besprechungen beteiligten Parteien keine Mehrheit fand. Dieser Mangel wird vielleicht einen gewissen Ausgleich dadurch erfahren, daß wenigstens die liberalen Gruppen, nämlich die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Staatspartei, ähnlich, wie es auf der Rechten geschehen ist, sich zur Aufstellung einer gemeinsamen Reichsliste entschließen. Das ist um so notwendiger, als die Lage des Reiches Brüning es mit sich bringt, daß jedes Mandat, das von den Regierungsparteien



Die amerikanischen Kriegskruppen beim Präsidenten Hoover

In jedem Jahr begrüßt der amerikanische Staatspräsident in den prächtigen, reich geschmückten Gärten des „White House“ eine große Anzahl schwererlehter Kriegsteilnehmer. Während des Empfanges spielen Marine-Bandkapellen und der Präsident und seine Gattin begrüßen unangefragt ihre Gäste.